

ihre Wahlversprechungen von 1957. Preiserhöhungen bei Kohle und Koks, Erhöhung der Verkehrstarife, Verteuerung der Lebensmittel — das ist die Quittung, die der Wähler schon heute von der Adenauer-CDU erhält. Der lang vorbereitete Angriff auf die Geldbörse des kleinen Mannes — das ist die Begleitmusik zu Erhards „Volksaktien“-Rummel.

★

Die Deutsche Demokratische Republik ist das große Beispiel für die ganze deutsche Arbeiterklasse dafür, wie Wohlstand und soziale Sicherheit erreicht und verteidigt werden können. Nicht durch „Volkskapitalismus“ und „Volksaktie“, sondern durch das Volkseigentum an den Produktionsmitteln, durch die Enteignung des Monopolkapitals hat sich hier die Arbeiterklasse ihre gesellschaftliche Stellung erkämpft. (Das ist eine der Grundfragen, über die wir mit den westdeutschen Arbeitern sprechen müssen; eine Forderung, die jetzt erneut das 33. Plenum für unsere gesamtdeutsche Arbeit gestellt hat.)

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen im Bonner Staat kann die Arbeiterklasse nur Mitspracherecht in der Wirtschaft und Einfluß auf die Produktion erhalten durch den Kampf um das uneingeschränkte Mitbestimmungsrecht. Daß die so lauttönend propagierte Beteiligung der Werktätigen — der „Miteigentümer“ — an der Wirtschaft nur leeres Gerede ist, beweist doch das Betriebsverfassungsgesetz von 1952, das vor allem mit den Stimmen der CDU-Abgeordneten zustande kam. Das Betriebsverfassungsgesetz hat den Arbeitern besonders das von ihnen seit 1945 zum Teil ausgeübte Mitbestimmungsrecht wieder geraubt.

Durch den festen Zusammenschluß und den Kampf um ihre politischen und sozialen Interessen wird die Arbeiterklasse Westdeutschlands die ausgeklügelten Manöver des Großkapitals zum Scheitern bringen. Die Aktionseinheit aller Arbeiter

und Angestellten wird den Kapitalisten an Stelle der von ihnen gepredigten Sozialpartnerschaft die Klassensolidarität entgegengesetzt.

In diesem Zusammenhang ist es jedoch notwendig, sich mit einigen Auffassungen aus den Kreisen der SPD- und DGB-Führung auseinanderzusetzen. Wenn Ollenhauer erklärt, das „volkskapitalistische“ Experiment hätte den Fehler, daß es mit der Reprivatisierung der Staatsbetriebe beginne und nodi nicht die ganze Industrie umfasse, so geht diese Stellungnahme am Wesen der Dinge vorbei. Was würde denn an den Macht- und Eigentumsverhältnissen in der Bundesrepublik geändert, wenn Erhard seinen Rummel noch breiter anlegen würde? Ist denn die Beteiligung der Arbeiter an den Betrieben durch einige Kleinaktien der von der SPD vorgesehene Ersatz für den Sozialismus?

Noch werden in der SPD- und Gewerkschaftspresse immer wieder Ansichten vertreten, die auf eine Befürwortung der „volkskapitalistischen“ Experimente hinauslaufen. So schreibt Kar| Hinkel in den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“, Heft 7/1956: „Der Arbeitnehmer hört überhaupt erst auf, Proletarier zu sein, wenn er auch persönlich und frei am Produktionsmittleigentum angemessen beteiligt ist.“ Das ist gerade der grundsätzliche Fehler der sozialdemokratischen Theoretiker, daß sie behaupten, das Proletariat könne sich von der Ausbeutung befreien, ohne vorher den Kapitalismus zu stürzen. Ihrer Meinung nach gibt es die Möglichkeit, gemeinsam mit dem Kapital den Weg des sozialen Fortschritts zu beschreiten.

Gerade in Deutschland aber hat die Geschichte diese Theorie gründlich widerlegt. Gerade in Deutschland ist der Sozialismus zu einer historischen Notwendigkeit geworden. Wenn unser Volk nicht noch einmal den dornenvollen Weg des Krieges und der Zerstörung gehen will, darf es die alten Machthaber, die Monopolverherren und Großagrarien, nicht länger an der Macht lassen.

M. Miller